

## Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des IBFG

Die grundlegenden Ziele der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sind in der Satzung des IBFG klar definiert: sie gelten unter allen Bedingungen und für jedes Land. Diese Ziele sind:

Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Hebung des Lebensstandards; die Entwicklung der Hilfsquellen aller Länder zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in aller Welt;

eine sinnvoll geplante wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern zur Entwicklung größerer Wirtschaftseinheiten und eines freieren Warenaustausches im Hinblick auf eine allgemeine Hebung des Wohlstandsniveaus;

eine volle Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an allen einschlägigen offiziellen Organen.

Seit seinen Anfängen hat sich der IBFG ständig für diese Ziele eingesetzt, er hat sie und die Wege, die zu ihnen führen, in Erklärungen eingehend erörtert, die teils für die Veröffentlichung bestimmt waren, teils internationalen zwischenstaatlichen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, ihrem Wirtschafts- und Sozialrat und ihren Regional- und Fachausschüssen, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, unterbreitet wurden.

Wieweit diese allgemeinen Zielsetzungen verwirklicht werden, hängt offensichtlich von dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Ebenso offensichtlich ist es, daß in den Industrieländern in dieser Hinsicht bisher mehr Erfolge erzielt werden konnten als in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern.

### *Vollbeschäftigung*

Die Vollbeschäftigung in allen Ländern zu erreichen, ist der Eckpfeiler im Wirtschafts- und Sozialprogramm des IBFG. Daß jedermann das unbestreitbare Recht hat, sich durch Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen, ist ein Grundprinzip, über das sich alle Gewerkschaften einig sind. Der IBFG dringt deshalb ständig bei Regierungen darauf, sich auf langfristige Maßnahmen festzulegen, um eine dauernde Vollbeschäftigung zu erreichen und den Entwicklungsländern bei der Überwindung der Unterbeschäftigung zu helfen.

Der IBFG ist nach wie vor überzeugt, daß die Vollbeschäftigung, sofern sie nicht durch totalitäre Methoden oder durch die Ausbeutung der Arbeitnehmer erreicht wird, vor allen anderen nationalen und internationalen Wirtschaftszielen Vorrang hat.

Durch die Ausweitung der Kaufkraft der Konsumenten, vor allem im Wege von Lohnerhöhungen, und durch verstärkte öffentliche Investierung, besonders für soziale Zwecke, ist in einer Reihe von Industriestaaten ein merklicher Fortschritt in Richtung auf einen befriedigenden Beschäftigungsstand erzielt worden; ja, in einzelnen Ländern, vor allem in der deutschen Bundesrepublik, herrscht heute schon Vollbeschäftigung. Wenn dies in den weniger industrialisierten Ländern bisher nicht der Fall war, so liegt das hauptsächlich daran, daß ihre wirtschaftlichen Reserven noch nicht genügend entwickelt worden sind. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, wie sie ja gerade für die Entwicklungsländer typisch sind, können nur allmählich und nur mit vereinten Kräften überwunden werden, das heißt, die Bemühungen dieser Länder selbst müssen durch Maßnahmen ergänzt werden, die darauf abzielen, die finanzielle Hilfe seitens interna-

## DIE WIRTSCHAFTLICHEN ZIELE DES IBFG

tionaler Stellen und industriell fortgeschrittener Länder zu organisieren und zu vermehren. Die Aufgabe der Gewerkschaften der freien Welt ist es, unaufhörlich Druck auf internationale Organe und Regierungen auszuüben, damit sie hinreichende und wirksame Programme in dieser Hinsicht entwickeln.

### *Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebenshaltung*

Ähnlich verhält es sich mit den Bemühungen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Erhöhung der Löhne und die allgemeine Hebung des Lebensstandards. Auch in dieser Hinsicht ist in den Industrieländern bisher mehr erreicht worden als in den Entwicklungsgebieten. Zum Beispiel haben die Schritte, die der IBFG auf internationaler und seine Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene unternommen haben, in einer ganzen Anzahl von Industrieländern, in denen die Wochenarbeitszeit noch über 40 Stunden hinausging, zu allgemein ermutigenden Ergebnissen geführt.

Die Tatsache, daß die Kluft zwischen dem Lebensstandard der Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern und dem ihrer Kollegen in den Industrieländern letzten Endes nur durch eine intensive Wirtschaftsentwicklung überbrückt werden kann, darf die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern nicht davon abhalten, auch im gegenwärtigen Stadium ihre Aufgaben gegenüber ihren Mitgliedern zu erfüllen. Gewiß sind diese Aufgaben gewaltig, und doch ist auch in den Entwicklungsgebieten ein Fortschritt hinsichtlich der Löhne und der Arbeits- und Lebensbedingungen möglich, wenn die dortigen Gewerkschaften stark und einsatzbereit sind.

### *Wirtschaftliche Entwicklung*

Seit der Gründung des IBFG haben wir auf die Voraussetzungen einer jeden wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen und die Auffassungen und Zielsetzungen der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung in dieser Hinsicht klargelegt. Dabei haben wir immer wieder betont, wie sehr es auf eine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung ankommt. Das heißt, es muß das richtige Verhältnis bestehen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Investitionen, zwischen Investitionen zur Entwicklung der Infrastruktur, also Bau von Straßen, Kanälen, Brücken und Eisenbahnen, Ausgestaltung von Häfen einerseits und zur Entwicklung der Industrie andererseits, zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftszweigen, zwischen Leicht- und Schwerindustrie. In diesem Zusammenhang haben wir stets auch auf die Notwendigkeit einer Differenzierung der Wirtschaft hingewiesen, da in vielen Ländern die gesamte Wirtschaft auf einer einzelnen Industrie oder einer Monokultur beruht. In diesem Sinne richtete der *Sechste Weltkongreß des IBFG (1959, Brüssel)* einen dringenden Appell an alle interessierten internationalen und regionalen Organisationen, an die Regierungen und Parlamente aller Industrieländer wie auch aller Entwicklungsländer, und an alle freien Gewerkschaften, sich mit allen Kräften für die Durchführung eines derartigen Aktionsprogramms der Wirtschaftsentwicklung und des sozialen Fortschritts einzusetzen.

Selbstverständlich sollten die Früchte eines solchen Fortschritts auch den Arbeitnehmern in vollem Maße zugute kommen. Wir sind daher der Auffassung, daß der arbeitenden Bevölkerung, wie dies ja in dem Gedanken der Demokratie selbst liegt, vor allem über ihre Gewerkschaften die Gelegenheit geboten werden muß, sich aktiv an der Ausarbeitung und Durchführung aller Entwicklungspläne und an der Arbeit aller öffentlichen Entwicklungsinstitutionen zu beteiligen.

*Die Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung*

Die Finanzierung der Wirtschafts-Entwicklungsprogramme bleibt nach wie vor ein Hauptproblem. Die *Weltwirtschaftskonferenz der freien Gewerkschaften*, die im März 1959 in Genf stattfand, befaßte sich besonders eingehend mit diesem Problem. Hier wurde übrigens auch zum ersten Mal der Vorschlag gemacht, daß die Regierungen der Industrieländer 1 vH ihres Nationaleinkommens als einen Mindestbeitrag aus öffentlichen Mitteln zur Finanzierung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer bereitstellen sollten. Dieser Vorschlag des IBFG hat inzwischen bei zwischenstaatlichen Organisationen und führenden Wirtschaftsexperten allgemeine Zustimmung gefunden. (Selbstverständlich hatte die Konferenz den wohlhabenderen Ländern nahegelegt, wenn irgend möglich dieses Mindestmaß zu überschreiten.)

Wir sind ferner der Auffassung, daß eine finanzielle Unterstützung aus zwischenstaatlichen Quellen die wünschenswerteste Form der Entwicklungshilfe darstellt. Freilich können auch Investitionen privater Geldgeber und Leistungen von Regierungen auf der Grundlage bilateraler Abkommen sich als äußerst wertvoll erweisen. Aber diese Art der Finanzierung wird häufig durch private oder politische Erwägungen beeinflusst. Wir haben daher von jeher den Standpunkt vertreten, daß die finanzielle Hilfe den Entwicklungsländern hauptsächlich über die Vereinten Nationen und ihre Fachorganisationen zugeleitet werden sollte. Aus diesem Grunde begrüßte der IBFG den Plan, einen *Sonderfonds der Vereinten Nationen für Wirtschaftsentwicklung* (SUNFED) zu schaffen, und appellierte an die Gewerkschaften in den Ländern, die dazu in der Lage waren, sich bei ihren Regierungen für eine reichliche Beteiligung an diesem Fonds zu verwenden. Leider waren jedoch die wohlhabenderen Länder nicht bereit, den Plan zu unterstützen. Als die Vollversammlung der Vereinten Nationen schließlich einen sehr viel bescheideneren Plan annahm, sprachen wir die Hoffnung aus, daß dessen Bereich bald erweitert werden möge, um auch die Finanzierung von Kapitalinvestitionsprojekten zu ermöglichen.

Ebenso setzten wir uns vorbehaltlos für die Schaffung der *Internationalen Vereinigung für Wirtschaftsentwicklung* (IAEC) ein, die vor kurzem im Rahmen der Weltbank ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Zur Ergänzung bestehender Formen finanzieller Unterstützung kann IAEC Entwicklungsländern nichtbankfähige, langfristige, niedrig verzinsliche Anleihen gewähren, die in örtlicher Währung rückzahlbar sind.

Die leitenden Gremien des IBFG haben von jeher die Schlüsselstellung anerkannt, die ausländische Investitionen im Wirtschaftsaufbau der Entwicklungsländer einnehmen. Daher wurde ein indischer Nationalökonom, Professor *Amlan Datta*, Kalkutta, beauftragt, für den Sechsten Weltkongreß eine Untersuchung über dieses Thema auszuarbeiten. Seine Studie behandelt hauptsächlich die Notwendigkeit ausländischer Investitionen, die Quellen privater und öffentlicher ausländischer und internationaler Mittel, die Verwendung solcher Mittel und die Auffassungen der freien Gewerkschaften hinsichtlich der Auslandsinvestitionen. Auf der Grundlage dieser Untersuchung nahm der *Sechste Weltkongreß* eine umfassende Erklärung an, in der die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik gegenüber diesem Problem niedergelegt sind. In diesem Zusammenhang wies der Kongreß darauf hin, daß der Strom des Auslandskapitals, der in die Entwicklungsländer fließt, für diese Länder nur dann von dauerndem Nutzen sein kann, wenn sie sich ihrerseits mit allen Kräften bemühen, günstige Bedingungen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu schaffen, vor allem, indem sie demokratische Einrichtungen, eine zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, unbeschränkte Gewerkschaftsrechte und angemessene öffentliche Einrichtungen im Bildungs- und Gesundheitswesen entwickeln und deren Fortbestand gewährleisten.

## DIE WIRTSCHAFTLICHEN ZIELE DES IBFG

### *Regionale Wirtschaftsintegration*

In seiner Erklärung über wirtschaftliche und soziale Forderungen, die der IBFG auf dem Gründungskongreß im Jahre 1949 annahm, setzte er sich für die Schaffung immer weitergreifender Sphären internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein.

Wir haben daher alle bisherigen konstruktiven Maßnahmen zur *wirtschaftlichen Integration* Europas begrüßt, dabei aber immer darauf hingewiesen, daß nichts geschehen dürfe, was die wirtschaftlichen Interessen dritter Länder schädigen könnte. Auch haben wir ähnliche Pläne, die in Süd- und Mittelamerika ins Werk gesetzt wurden, befürwortet und die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Pläne die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer Lateinamerikas fördern möchten. An allen Bestrebungen, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Asien herbeizuführen, sind der IBFG und seine asiatische Regionalorganisation ebenfalls aktiv interessiert. Ganz allgemein sind wir der Auffassung, daß auch bei der Ausarbeitung und Durchführung von Plänen zur Wirtschaftsintegration die freien Gewerkschaften der betreffenden Länder jederzeit in vollem Umfang beteiligt sein müssen.

### *Folgerungen*

Um seine grundlegenden Zielsetzungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verwirklichen zu können, muß der IBFG seine Maßnahmen in den Industrieländern und in den Entwicklungsgebieten koordinieren. Die gegenseitige wirtschaftliche Durchdringung und Abhängigkeit aller Völker ist heute eine Tatsache. Unsere Aufgabe ist es, daß diese gegenseitige Abhängigkeit sich in wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit für alle Völker der Erde überträgt. Als IBFG können wir das nur in der Form tun, daß wir die Auffassungen der organisierten Arbeiterschaft vor den zwischenstaatlichen Organen vertreten, daß wir Druck auf Regierungen ausüben, daß wir unseren politischen Erkenntnissen klaren Ausdruck geben und vor allem, indem wir mit unseren Mitgliedsorganisationen, unseren Regionalorganisationen und den Internationalen Berufssekretariaten eng zusammenarbeiten.

HERBERT A. TULATZ

## Die Bildungsarbeit des IBFG

Die Bildungsarbeit ist eine zentrale Aufgabe des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Das Bildungsprogramm soll sich laut Satzung „als notwendige Ergänzung der Organisationsarbeit“ vor allem auf die Länder erstrecken, in denen keine Gewerkschaften bestehen oder wo die Gewerkschaften noch nicht in der Lage sind, eine eigene Bildungsarbeit zu finanzieren oder durchzuführen. Dies bedeutet in der Praxis, daß sich die Bildungsarbeit des IBFG vornehmlich auf Entwicklungsländer und einige europäische Länder mit einer noch im Aufbau befindlichen Gewerkschaftsbewegung konzentriert. Dazu kommt noch die bildungsmäßige Betreuung der größeren Gruppen exilierter Arbeiter (Spanier, Algerier, Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten und aus verschiedenen lateinamerikanischen Diktaturen).

Träger dieser Bildungsarbeit sind das Sekretariat des IBFG in Brüssel, dessen Bildungs-, Frauen- und Jugendabteilung die IBFG-Schulen direkt unterstehen, ferner die Regionalorganisationen des IBFG und die in Afrika, Asien und Lateinamerika

tätigen ständigen oder zeitweilig entsandten Vertreter. Audi die Bildungsarbeit der Internationalen Berufssekretariate steht im engen Zusammenhang mit dem IBFG, weil sie sich in Abstimmung mit der Gewerkschaftsinternationale vollzieht und aus dem Internationalen Solidaritätsfonds des IBFG bezuschußt wird. Daneben unterstützt der IBFG auch die Bildungsarbeit zahlreicher angeschlossener Gewerkschaftsbünde. Die Bildungsarbeit der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung steht sichtbar im Zeichen der Expansion und Vertiefung. Welchen Wert der Vorstand des IBFG dieser Sparte seiner zahlreichen Aktivitäten zumißt, geht rein äußerlich daraus hervor, daß einem der beiden bisher ernannten stellvertretenden Generalsekretäre das Bildungsreferat direkt übertragen wurde. Die Ausgaben für die Bildungsarbeit sind in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, und heute findet an jedem Tage irgendwo in der weiten Welt — von Peru bis Okinawa — ein Lehrgang des IBFG statt.

Dabei versucht man, sich immer mehr auf *die eigentliche gewerkschaftliche Ausbildung* zu konzentrieren und Lehrer und Organisatoren auszubilden. An der allgemeinen Arbeiter- und Erwachsenenbildung und an der Berufsausbildung nimmt der IBFG nur indirekten Anteil. Im wesentlichen begrenzt sich die Arbeit auf diesen Gebieten auf die Unterstützung der Internationalen Verbände für Arbeiterbildung oder auf die Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation und der UNESCO. Nur wenn es aus politischen Gründen erforderlich ist, beteiligt sich der IBFG direkt an Vorhaben in diesen Nebengebieten der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Ein typisches Beispiel dafür sind die berufskundlichen Lehrgänge der algerischen IBFG-Organisation Union Generale des Travailleurs Algeriens (Tunis) in Marokko und Tunesien, die vom Internationalen Solidaritätsfonds finanziert werden.

Es besteht gewiß ein dringendes Bedürfnis, den Massen in den Entwicklungsländern bei der Überwindung des Analphabetismus zu helfen, ihre berufliche Ausbildung zu fördern und in allen Ländern die allgemeine Arbeiterbildung zu unterstützen. Der IBFG muß jedoch realistisch erkennen, daß er in weiser Beschränkung diese Aufgabe den Staaten, den supranationalen Organisationen und den nationalen Gewerkschaftsbünden überlassen muß, um seiner Hauptaufgabe, dem Aufbau der freien gewerkschaftlichen Organisationen zu dienen, gerecht werden zu können. Schließlich wird die gesamte Arbeit des IBFG *nur* aus den Mitgliederbeiträgen und den freiwilligen Beiträgen zum Internationalen Solidaritätsfonds finanziert. Dazu kommen lediglich einige nicht ins Gewicht fallende Zuschüsse von Zweigorganisationen der Vereinten Nationen. Nicht ein einziger Pfennig kommt aus einer anderen Quelle.

Um den so verschiedenartigen nationalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wurde die IBFG-Bildungsarbeit möglichst *dezentralisiert*. Für die Gewerkschaften in den Industrieländern übernimmt der IBFG lediglich die Koordinierungsaufgabe für gewisse regionale Programme oder für deren Hilfsprogramme für die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern. Die Bildungs-, Frauen- und Jugendabteilung des Sekretariats in Brüssel behält sich auch den direkten Kontakt mit anderen internationalen und supranationalen Organisationen auf dem Bildungssektor vor. Die schon jetzt bestehenden IBFG-Schulen in Kalkutta und Kampala (Uganda) jedoch wirken auch als Bildungszentren für Asien und Afrika möglichst selbständig und veranstalten zahlreiche Lehrgänge außerhalb der Schulmauern. Eine internationale Organisation, die direkt für die arbeitenden Massen tätig werden will, hat ein großes Sprachenproblem zu überwinden. Schließlich kann man weder von den Mitgliedern noch von den Funktionären der dem IBFG angeschlossenen Organisationen verlangen, daß sie eine seiner vier offiziellen Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch) beherrschen. Deshalb werden zahlreiche regionale Lehrgänge in Sprachen, wie Arabisch, Hindi, Urdu, Chinesisch, Tamil, Suaheli usw., abgehalten. Auch die Bildungsliteratur des IBFG muß

den einfachen Mitgliedern dadurch zugänglich gemacht werden, daß sie in möglichst viele Sprachen übersetzt wird.

In bezug auf die Förderung der Bildung und Ausbildung der Menschen in den *Entwicklungsländern* gibt es einen Widerstreit der Meinungen. Die eine Richtung will die Bildungsfähigen aus diesen Gebieten in den hochentwickelten Ländern Europas und Amerikas ausbilden. Dies mag für die rein berufliche Spezialausbildung richtig sein. Der IBFG hat sich von Anfang an für die andere Alternative entschieden, nämlich, diese Menschen in ihrer eigenen Umgebung durch die eigenen Lehrer auszubilden. Der IBFG hat nicht die Absicht, die Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner mit einer fremden „Ideologie“ und Lebensart zu erfüllen, sondern will ihnen helfen, selbstbewußte Vertreter ihrer sozialen und nationalen Interessen zu werden. Die Grundsätze der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung stehen nicht im Gegensatz zu einer nationalen Kultur oder Weltreligion, und es kann deshalb auf eine „Ausrichtung“ und „Gleichschaltung“ verzichtet werden. Schon vor zehn Jahren errichtete deshalb der IBFG seine erste Schule in Asien, in Kalkutta, die ausschließlich von asiatischen Gewerkschaftern geleitet wird. Als vor drei Jahren in Kampala der Grundstein zur ersten IBFG-Schule in Afrika gelegt wurde, verfolgte man konsequent das gleiche Ziel: Schulung der afrikanischen Gewerkschafter durch afrikanische Lehrer. Ausländische Lehrer werden nur solange eingesetzt wie sie benötigt werden, um den einheimischen Lehrernachwuchs zu fördern oder um den internationalen Charakter dieser Schulen hervorzuheben.

Diese *Internatsschulen* des IBFG haben sich als ein großer Erfolg erwiesen. Natürlich muß das Schulprogramm ständig den sich schnell verändernden Bedingungen in diesen Kontinenten angepaßt werden. Die Schulen in Kalkutta und Kampala können schon jetzt mit Stolz verzeichnen, daß sie einen tiefgreifenden Einfluß auf die Elitebildung der Arbeiterbewegung in den beiden Kontinenten genommen haben. Es ist besonders erstaunlich, wie viele Führer der dynamischen afrikanischen Gewerkschaftsbewegung, die einen bemerkenswerten politischen Einfluß hat, durch die Viermonatskurse in Kampala geformt wurden. Afrika ist noch durch Sprachgrenzen getrennt. Es gibt etwa tausend afrikanische Sprachen und Idiome. Südlich der Sahara haben sich Englisch und Französisch als Verkehrssprachen durchgesetzt. Deshalb geht jetzt der IBFG daran, in Abidjan (Elfenbeinküste) eine zweite afrikanische IBFG-Schule mit französischer Unterrichtssprache zu errichten. Schon jetzt beginnen die Lehrgänge in diesem Sprachgebiet. Die zentrale Schule wird etwa im März 1963 imstande sein, den Unterricht in einem eigenen Schulgebäude durchzuführen. Auch die gesamtamerikanische Regionalorganisation ORIT des IBFG hat erfreulicherweise 1962 die Initiative zur Gründung einer Internatsschule ergriffen, die sich jetzt in Mexiko befindet. Schon jetzt wird die Forderung immer lauter, auch eine IBFG-Schule im arabischen Sprachraum zu errichten. Wenn einmal Algerien vollständig frei ist, wird diese Frage besonders akut werden. Schließlich sollte auch eine internationale Schule des IBFG in Europa (vielleicht in Brüssel oder Genf) bestehen, um die europäischen und amerikanischen Gewerkschafter in internationalen Fragen zu schulen und sie zu befähigen, in Auslandsabteilungen, bei den Internationalen Berufssekretariaten, als Sozialreferenten bei den nationalen Botschaften und als gewerkschaftliche Vertreter in internationalen und supranationalen Organisationen genügend ausgebildet ihren Dienst versehen zu können.

Einen wichtigen Zweig der Bildungsarbeit des IBFG bildet die Herstellung von *Bildungsschriften*. In den erwachenden Entwicklungsländern herrscht ein großer Bildungshunger, und für die Bildungsschriften des IBFG laufen täglich Bestellungen buchstäblich aus dem „Busch“ ein. Mehr und mehr werden diese Schriften in die Sprachen der Entwicklungsländer übersetzt. Der Themenkreis dieser Schriften ist sehr weit gespannt und umfaßt selbst solche Gebiete wie die Abfassung von Briefen und Anleitungen über das Abhalten von Gewerkschaftsversammlungen. Durch das mit dem

IBFG verbundene Arbeiterfilminstitut stellt der IBFG auch Filme und Lichtbilder für Bildungszwecke zur Verfügung. Auch Schallplatten mit Arbeiterliedern ergänzen die Bildungsprogramme.

In der *Frauenarbeit* muß der IBFG besondere Wege auf dem Bildungsgebiet suchen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mehrheit der Frauen in der Welt noch nicht die gesellschaftliche Gleichberechtigung erlangt hat und daß sie auf weiten Gebieten unserer Erde erst heute beginnt, in die Berufsarbeit einzudringen. 1962 hat der IBFG mit einem Frauenseminar in Lateinamerika und mit zwei Pionierlehrgängen in Afrika, in Nigeria, begonnen. Die Erfolge waren ermutigend, und 1962 finden allein in Afrika fünf Frauenlehrgänge des IBFG statt. Auch Asien, das im allgemeinen noch konservativer in bezug auf die Berufsarbeit der Frauen eingestellt ist als Afrika, beginnt in diesem Jahr mit den ersten IBFG-Frauenlehrgängen.

In der gewerkschaftlichen *Jugendarbeit* herrschen keine einheitlichen Auffassungen. Auf dem europäischen Kontinent gibt es eine gewerkschaftliche Jugendarbeit mit Tradition, während zum Beispiel in den angelsächsischen Ländern kaum ein Unterschied zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern der verschiedenen Altersstufen gemacht wird. In den Entwicklungsländern sucht man noch den Weg. Dort ist in der Regel selbst die Gewerkschaftsführung so jung, daß sie in Amerika und Europa noch in die Jugend eingereiht werden würde. In Mexiko, Indien und in verschiedenen afrikanischen Ländern haben die freien Gewerkschaften jedoch in jüngster Zeit gewerkschaftliche Jugendausschüsse oder Bewegungen gegründet. Um die Jugendarbeit der freien Gewerkschaften im überkontinentalen Sinne wirklich zu internationalisieren, hat der IBFG beschlossen, im Juli 1962 sein erstes *Internationales Jugendseminar* in Kopenhagen zu veranstalten, und 1963 wird ihm in Österreich das erste *Internationale Jugendtreffen* des IBFG folgen. Jugendarbeit ist untrennbar mit der Bildungsarbeit verbunden, deshalb hat der IBFG folgerichtig diesen Zweig seiner Tätigkeit der Bildungsabteilung unterstellt.

Im Rahmen des IBFG-Sekretariats sind Abteilungen nur rein technisch abgegrenzte Arbeitsgebiete. Deshalb besteht nicht nur eine laufende Koordinierung zwischen der Organisations- und Bildungsabteilung, sondern auch mit der Publizistik, Forschung usw. In Kürze wird das erste wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Afrika dem African Labour College in Kampala angeschlossen werden. Die IBFG-Schulen sind auch publizistisch tätig und besorgen insbesondere die Übersetzung von Bildungsschriften in lokale Sprachen Afrikas und Asiens.

Ergänzt wird die Bildungsarbeit des IBFG durch internationale Programme seiner angeschlossenen Organisationen und befreundeter Verbände. In der Bundesrepublik veranstaltet der Deutsche Gewerkschaftsbund in Übereinstimmung mit dem IBFG laufend kurz- oder langfristige Bildungslehrgänge und Informationsreisen für ausländische Gewerkschafter, besonders aus den Entwicklungsländern. Hervorzuheben sind die Lehrgänge des DGB für Algerier, Nigerianer und Türken. Aber auch in den Vereinigten Staaten und England, in Österreich und in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern, in Italien und in Frankreich sind die freien Gewerkschaften auf diesem Gebiet nicht untätig. Hier ist es die Aufgabe des IBFG, diese Arbeit sinnvoll zu koordinieren und beratend mitzuwirken.

Am Anfang der Arbeiterbewegung stand die Bildungsarbeit. In vielen Ländern sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien aus den Bildungsvereinen entstanden. Auch heute hat die Bildungsarbeit der Gewerkschaften nicht ihre hervorragende Stellung verloren. Je fortgeschrittener eine Gewerkschaftsbewegung ist, desto mehr Mittel wendet sie für ihre Bildungsarbeit auf. Im internationalen Rahmen stehen die Aufgaben sichtbar vor Augen: eine ungeheure und ständig anwachsende Arbeitnehmerschaft zu schulen, um sie zu befähigen, eine selbständige und konstruktive Rolle im Aufbau ihrer Nationen und einer friedlichen Welt mit sozialer Gerechtigkeit zu spielen.

## Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen des IBFG

Seiner ganzen Natur nach ist der Internationale Bund Freier Gewerkschaften stark auf Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. Als nichtstaatliche Organisation mit beschränkten Geldmitteln kann er nur kraft seiner moralischen Autorität wirken; Regierungen und internationale Behörden werden nur dann auf ihn hören, wenn er die öffentliche Meinung für sich gewinnen kann.

Das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist es also, dafür zu sorgen, daß der IBFG für jedermann zum selbstverständlichen Begriff wird. Wenn es etwa in einem Lande zu einem großen Arbeitskonflikt kommt oder wenn auf internationaler Ebene schwerwiegende Fragen erörtert werden, die für die Arbeitnehmer von Belang sind, so sollte die Öffentlichkeit automatisch fragen: „Und was sagt der IBFG dazu?“

Soweit sind wir heute noch nicht. Immerhin ist in gewerkschaftlich und politisch interessierten Kreisen die Zahl derer, die wissen, was der IBFG ist und wofür er eintritt, ständig im Wachsen. Immer mehr Agenturen, Zeitungen und Rundfunksender benutzen sein Material und berichten über seine Veranstaltungen und seine Stellungnahme zu dieser oder jener Frage.

Dieses Eindringen in das öffentliche Bewußtsein erfordert eine langwierige Arbeit mit viel Geduld, Geschick und Gespür. Man muß es im Gefühl haben, welche Dinge die Öffentlichkeit interessieren, und jede sich bietende Gelegenheit rasch zu benutzen wissen. Gelegentlich ergeben sich dadurch Schwierigkeiten, daß der IBFG infolge seiner internationalen Struktur aus Rücksicht auf die Lage einzelner Mitgliedsorganisationen zu gewissen Problemen keine eindeutige Stellung beziehen möchte oder daß die Entscheidung in besonders wichtigen Fragen den leitenden Gremien vorbehalten bleiben muß. In solchen Fällen erhebt sich für den Leiter der Presseabteilung die Frage, ob der IBFG lieber schweigen oder eine sybillinische Äußerung von sich geben soll. .

Davon abgesehen aber ist die Öffentlichkeitsarbeit des IBFG als solche kein Problem, sondern eine Frage der finanziellen und technischen Mittel. Zur Zeit benutzt er für diese Zwecke Pressemitteilungen, die an Agenturen, Zeitungen und Sender verschickt oder telefonisch weitergegeben werden, ferner einen *Presse- und Rundfunkdienst*, der wöchentlich in verschiedenen Sprachen herauskommt; außerdem pflegt die Presseabteilung natürlich persönliche Kontakte.

Zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen besteht beim IBFG organisatorisch ein Unterschied, obwohl beide Abteilungen eng zusammenarbeiten. Eine klare Grenze läßt sich wohl kaum ziehen. Zwar gibt es IBFG-Veröffentlichungen, die in erster Linie „internen“ Zwecken dienen — hierzu gehören beispielsweise die Schriften und Leitfäden, die von der Bildungsabteilung als Studienhilfen für Gewerkschafts- und Schulungslehrgänge herausgegeben werden. Im allgemeinen aber verfolgen die Veröffentlichungen des IBFG einen doppelten Zweck: sie wenden sich sowohl an die angeschlossenen Organisationen und deren Mitglieder als auch an die breitere Öffentlichkeit. Ein Bericht über die Tätigkeit des IBFG seit seiner Gründung, Darstellungen seiner Arbeit auf besonderen Gebieten, eine Schilderung der Aufgaben der Internationalen Berufsekretariate, eine Flugschrift über die Stellung der freien Gewerkschaften zum Berlinproblem — alles das sind Veröffentlichungen, die bewußt als Material zur Aufklärung der Öffentlichkeit eingesetzt werden. Schon bei der Abfassung solcher Schriften wird dieser Zweck entsprechend berücksichtigt, und so ergeben sich hier keine besonderen Schwierigkeiten.

Anders ist es dagegen bei den regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen. Wer eine Zeitschrift herausgibt, sollte sich von vornherein darüber klar sein, welchen Kreis



von Lesern er ansprechen will, weil hiervon die Auswahl wie die Verarbeitung seines Materials abhängt. Der IBFG aber muß davon ausgehen, daß sich seine Veröffentlichungen nicht an einen homogenen Leserkreis wenden. Allerdings trifft dies nicht in gleichem Maße auf alle seine Zeitschriften zu. Es gilt zum Beispiel kaum für die *Wirtschaftliche und Soziale Übersicht*, die in einer verhältnismäßig kleinen Auflage alle zwei Monate erscheint und in erster Linie für die Forschungsabteilungen angeschlossener Organisationen, aber auch für Universitäten, Institute und einschlägig interessierte Einzelpersonen bestimmt ist. Es gilt auch nicht so sehr für die Publikationen der Regionalorganisationen des IBFG, deren Leserkreis geographisch begrenzt ist und auch in seiner Zusammensetzung hinsichtlich der Bildungshöhe und Interessenrichtung der Leser im allgemeinen keine allzu großen Unterschiede aufweisen dürfte.

Erheblich mehr Schwierigkeiten ergeben sich bei dem vierzehntäglichen im Brüsseler Sekretariat veröffentlichten *Mitteilungsblatt*, das seine Leser — in der Regel Gewerkschaftsfunktionäre — laufend über alles unterrichtet, was in der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder und auf internationaler Ebene vorgeht, gleichzeitig aber Gewerkschaftsredakteure mit Material zum Wiederabdruck versorgen und schließlich als offizielle Chronik der Tagungen, Aktionen und Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftsorganisationen dienen soll. Seit Gründung des IBFG haben sich die Herausgeber des *Mitteilungsblattes* bemüht, dieser dreifachen Aufgabe gerecht zu werden; in Zukunft aber wird sich das Blatt voraussichtlich auf die letztgenannte Funktion beschränken, während die anderen Aufgaben von einem erweiterten *Presse- und Rundfunkdienst* übernommen werden sollen. Gleichzeitig soll der *Artikeldienst*, der die Gewerkschaftspresse mit „features“ beliefert, ausgebaut werden.

Das offizielle Organ und die meistgelesene Veröffentlichung des IBFG ist die Monatschrift *Freie Gewerkschaftswelt*, die in Brüssel auf Englisch, Französisch und Deutsch erscheint, während eine spanische Ausgabe von der amerikanischen Regionalorganisation des IBFG in Mexiko veröffentlicht wird. Die *Freie Gewerkschaftswelt* ist in erster Linie „offizielles Sprachrohr der im IBFG verbundenen Gewerkschaften. Sie soll aber auch dazu dienen, alle wesentlichen Entwicklungen in der Gewerkschaftsbewegung rings in der Welt widerzuspiegeln, und gleichzeitig ein Forum bilden zur Aussprache über aktuelle Probleme, denen sich die Bewegung gegenübersteht. . . Wir dürfen glauben, daß die *Freie Gewerkschaftswelt* auch eine äußerst nützliche Aufgabe erfüllt, indem sie die Auffassungen, die allgemein von der Weltgewerkschaftsbewegung vertreten werden, Regierungen und internationalen Organen zur Kenntnis bringt“<sup>1)</sup>. Die Erfüllung dieser verschiedenartigen Aufgaben wird zweifellos durch die uneinheitliche Natur der Leserschaft erschwert. Wie kann die Zeitschrift über alle „wesentlichen Entwicklungen in der Gewerkschaftsbewegung“ berichten, wenn die Ansichten darüber, was als wesentlich anzusehen ist, stark auseinandergehen? In Deutschland zum Beispiel ist man an der Fortentwicklung der Mitbestimmung interessiert; englische und amerikanische Leser finden es unmöglich, sich für dieses Thema zu erwärmen. Ähnlich verhält es sich mit der Aussprache über „aktuelle Probleme“ — in einem Lande ist die Arbeitslosigkeit ein aktuelles Problem, in einem andern die Überbeschäftigung. Der Kreis der Themen und Probleme, für die bei Gewerkschaftern aller Länder ein gleichstarkes Interesse herrscht, ist verhältnismäßig klein. Der Herausgeber einer internationalen Zeitschrift kann sich daher unmöglich auf diesen engen Kreis beschränken: er wird Themen behandeln, von denen er annehmen kann, daß man sie in einer Anzahl von Ländern aufmerksam lesen wird, selbst wenn er weiß, daß anderwärts das Interesse dafür sehr viel geringer ist.

Schwieriger noch als die Wahl eines Themas ist die Frage seiner Behandlung. Wer für Facharbeiter in einem Industrieland mit einer alten Gewerkschaftstradition schreibt,

1) Aus dem Leitartikel der hundertsten Ausgabe, Oktober 1958.

wird sich anders ausdrücken als der Mitarbeiter einer Zeitschrift, die für Plantagenarbeiter in einem Entwicklungsland bestimmt ist. Im ersten Fall kann man vieles als bekannt voraussetzen, was im zweiten Fall erst mühsam erklärt werden muß. Dazu kommt, daß einmal der Leser in seiner Muttersprache angesprochen wird, im andern Fall aber in einer für ihn fremden Sprache, die er oft nur unvollkommen beherrscht. Die *Freie Gewerkschaftswelt* wendet sich an Leser, die aus sehr unterschiedlichen Traditionen kommen und deren Bildungsstand alle möglichen Abstufungen aufweist. Nur eines haben sie gemeinsam, daß sie alle Gewerkschafter sind, und selbst das stimmt nicht uneingeschränkt, denn die Zeitschrift soll ja auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung gelesen werden.

Über dieses Problem war man sich im IBFG natürlich von Anfang an klar — obwohl es immer noch ein Unterschied ist, ob man es theoretisch einsieht oder praktisch mit ihm fertig werden muß! (Das gilt auch für die zahllosen rein technischen Probleme, denen eine internationale Zeitschrift begegnet, die *gleichzeitig* in mehreren Sprachen herauskommen soll und deren Drucker keine der verwendeten Sprachen beherrschen!) Die Redaktion darf sich von solchen Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen, sondern muß sie als ständige Herausforderung und Bewährungsprobe ansehen. Man muß ein bestimmtes Niveau halten, die Leser nicht überfordern, aber andererseits ihnen auch die Sache nicht zu leicht machen. Das bedeutet wiederum, daß die Beiträge, die für die Zeitschrift eingehen, häufig stark überarbeitet werden müssen. Ein Teil der Mitarbeiter verfällt bei der Behandlung technischer, juristischer oder wirtschaftlicher Fragen leicht in einen esoterischen Stil oder in einen reinen Fachjargon, der ohne Sinnverfälschung in eine faßlichere Sprache übertragen werden muß; andere Mitarbeiter dagegen, die aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit kommen oder noch in ihr stehen, können aus dieser persönlichen Erfahrung heraus einen sachlich wertvollen Beitrag leisten, wissen aber kaum mit der Feder oder der Schreibmaschine umzugehen. So schreiben sie oft etwas anderes als was sie sagen wollen, und der eigentliche Sinn ihrer Ausführungen muß vor der Überarbeitung erst erraten oder durch Rückfrage geklärt werden, was ein gewisses diplomatisches Geschick erfordert, um die Autoren nicht zu kränken.

So sollte es jedenfalls sein. In der Praxis ist eine derartig gründliche Überarbeitung des eingesandten Materials aus Zeitmangel nicht immer möglich — die ganze Redaktion der *Freien Gewerkschaftswelt* besteht aus dem Chefredakteur, drei Sprachredakteuren und einer Schreibkraft, die alle noch weitere Aufgaben zu erfüllen haben. So besteht ein dringendes Bedürfnis nach einer Erweiterung der Redaktion. Es ist jedoch nicht leicht, geeignete Kräfte zu finden, da gewerkschaftliche und journalistische Erfahrung, ein Kenntnis der internationalen Bewegung und die Beherrschung von mindestens drei Sprachen vorausgesetzt werden müssen. Die Tätigkeit der Sprachredakteure ist natürlich zum Teil eine Übersetzerarbeit. Aber vielfach ist es mit einer bloßen Übersetzung nicht getan. Wenn beispielsweise die Zeitschrift in ihren verschiedenen Sprachfassungen den Aufsatz eines englischen Gewerkschafters über das Streikrecht veröffentlicht, so wird der Redakteur der deutschen Ausgabe manches interpolieren müssen, was dem britischen Leser selbstverständlich ist, während er sich in anderen Punkten vielleicht kürzer fassen kann; er wird, wo der Verfasser Beispiele aus der englischen Geschichte oder Literatur wählt, sie entweder erläutern oder sie gegebenenfalls durch Hinweise auf Dinge, die seinen Lesern vertrauter sind, ersetzen; kurz, er wird mit Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse seiner Leserschaft sich dem Originaltext gegenüber Freiheiten herausnehmen, wie sie bei der Übersetzung eines Dokuments, eines literarischen Kunstwerks oder auch einer wissenschaftlichen Arbeit unzulässig wären. Zur Zeit geschieht das freilich nur in beschränktem Umfang: häufig begnügt man sich mit einer textgetreuen, höchstens durch ein oder zwei Anmerkungen ergänzten Übersetzung, weil die Zeit zu einer gründlicheren Bearbeitung fehlt.

An dieser Stelle darf vielleicht hinzugefügt werden, daß an sich die Aufgabe des deutschen Redakteurs leichter ist als die seiner englischen und französischen Kollegen. Sein Text wird ja fast ausschließlich in Europa, nämlich in Deutschland, Österreich und der Schweiz, zum Teil auch in Holland und Skandinavien gelesen: seine Leser stellen also nach Bildungsstand und Tradition eine mehr oder minder einheitliche Gruppe dar. Andererseits aber sind sie viel weniger auf die *freie Gewerkschaftswelt* angewiesen als die Mehrzahl der Leser der *Free Labour World* und *Monde du Travail Libre*. Die nationale Gewerkschaftspresse im deutschen Sprachraum hatte von jeher ein hohes Niveau und einen weiten Horizont, und gerade in den letzten Jahren hat sie sich in bemerkenswerter Weise entwickelt. Heutzutage erscheinen die meisten deutschsprachigen Gewerkschaftsorgane in einer modernen ansprechenden Aufmachung und behandeln immer häufiger auch ausländische oder internationale Probleme, also Themen, die früher größtenteils *nur* in der *Freien Gewerkschaftswelt* zur Sprache kamen.

Diesen beiden Tatsachen — der Homogenität der deutschsprachigen Leserschaft und der Konkurrenz der nationalen Gewerkschaftspresse — hat, wie mir scheint, die deutsche *Freie Gewerkschaftswelt* bisher nicht genügend Rechnung getragen. Aus dem Gedanken heraus, der nationalen eine internationale Gewerkschaftspresse gegenüberzustellen, hat der IBFG lange Zeit Wert darauf gelegt, daß sich die verschiedenen Sprachfassungen seiner Zeitschriften inhaltlich decken sollten. Nachdem aber dieser Grundsatz bereits mit *Mundo del Trabajo Libre* durchbrochen wurde (der zwar wesentliche Teile des vom Sekretariat veröffentlichten Materials übernimmt, sonst aber durchaus auf die Bedürfnisse lateinamerikanischer Leser zugeschnitten ist), dürfte man auch in Brüssel unbesorgt eine größere Flexibilität an den Tag legen können.

Soweit die Zeitschrift offizielles Sprachrohr des IBFG ist, müssen die verschiedenen Ausgaben selbstverständlich miteinander übereinstimmen, also dieselben Dokumente, Leitartikel und Erklärungen prominenter Gewerkschaftsführer zum Abdruck bringen. Im übrigen aber sollte zum Beispiel die deutsche Ausgabe, statt Themen zu behandeln, die ebensogut oder besser in der deutschsprachigen Gewerkschaftspresse zu finden sind, ihren Lesern vielmehr gerade das bringen, was ihnen sonst nicht zugänglich ist, also etwa eingehendere Berichte aus der Arbeit des IBFG selbst, sowie Artikel, die in der ausländischen Gewerkschaftspresse erschienen sind, Auszüge und ausführliche Inhaltsangaben außerdeutscher Literatur und dergleichen. Und auch dann, wenn die deutsche FGW die gleichen Themen behandelt wie ihr englisches und französisches Gegenstück, brauchte sie sich in der Sprache und Darstellung nicht die gleichen Beschränkungen aufzuerlegen.

Man darf annehmen, daß sich durch eine derartige Umgestaltung der deutschen Ausgabe die Zahl ihrer Leser und damit der Einfluß des IBFG im deutschen Sprachraum erheblich steigern ließe. Schwieriger ist es für *Free Labour World* und *Monde du Travail Libre*, ein entsprechendes Ziel zu erreichen. Und doch haben sie eine ungleich wichtigere Aufgabe zu erfüllen: die Botschaft des freien Gewerkschaftswesens in Ländern zu verkünden, in denen noch vor wenigen Jahren keinerlei Gewerkschaften bestanden; dem Gewerkschaftsgedanken neue Anhänger zu gewinnen; zwischen den jungen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbewegung der übrigen Welt eine lebendige Verbindung entstehen zu lassen und zu erhalten und schließlich die zahllosen Lügen, die von kommunistischer Seite über den IBFG verbreitet werden, zu widerlegen. Für Leser in den Entwicklungsländern sind die Diskussionen in den Spalten unserer Zeitschrift keine bloße geistige Übung, sondern eine brennende Notwendigkeit: für sie geht es darum, wie weit sich die Erfahrungen der älteren Gewerkschaftsorganisationen auf ihre Verhältnisse übertragen lassen.

Vom Standpunkt des IBFG aus ist es daher vordringlich, Mittel und Wege zu finden, um die Verbreitung der FGW in den Entwicklungsländern zu fördern, ohne da-

bei die Interessen englischer und französischer Leser in den Industrieländern zu vernachlässigen. Hier ergeben sich zahllose Einzelprobleme, zum Beispiel die Frage, ob und wie weit die FGW in Ländern, in denen es zur Zeit noch keine befriedigende nationale Gewerkschaftspresse gibt, wenigstens zeitweise deren Aufgabe übernehmen soll; auch gilt es, das Verhältnis zwischen der zentralen Brüsseler Veröffentlichung und den regionalen Publikationen neu zu regeln. Die leitenden Männer im IBFG sind sich nicht nur der Bedeutung dieser Probleme bewußt, sie haben sich auch in den letzten beiden Jahren eingehend mit ihnen beschäftigt. Mit Hilfe zweier Ausschüsse sind durchgreifende Reformpläne ausgearbeitet worden. So besteht die begründete Hoffnung, daß in der neuen Arbeitsperiode, die mit dem Berliner Kongreß beginnt, diese Pläne in die Tat umgesetzt werden.

j. w. BRÜGEL

## Ein Blick in andere Lager

Weltgewerkschaftsbund und Christliche Gewerkschaftsinternationale

Das Stattfinden des ersten IBFG-Kongresses auf deutschem Boden legt die Frage nach den anderen internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen nahe, die es in der Welt gibt. Wie stehen die Dinge beim kommunistisch dirigierten Weltgewerkschaftsbund, und wie rechtfertigt der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften seine selbständige Existenz neben dem IBFG, der wiederholt seine Bereitschaft bekundet hat, sowohl Einzelgewerkschaften als auch Landeszentralen christlicher Richtung bei sich aufzunehmen, ohne eine Aufgabe ihrer Identität zu verlangen?

*Die* Geschichte des Weltgewerkschaftsbundes kann als bekannt vorausgesetzt werden: Gegründet in einer bestimmten weltpolitischen Situation als ein Versuch, die durch Hitler und niemanden anderen geschaffene Weltfront Washington-London-Paris-Moskau in die gewerkschaftliche Sphäre zu übertragen, mußte sich die Lebensunfähigkeit dieser Konstruktion in dem Augenblick herausstellen, in dem die Moskauer Intransigenz auf politischem Gebiet alle Zweifel erfahrener Gewerkschaftsfunktionäre in die Möglichkeiten einer echten Zusammenarbeit zwischen West und Ost bestätigte. Es kam zu dem unausweichlichen Schritt der Liquidierung eines Organismus, der in der ursprünglichen Form aktionsunfähig war, weil die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen es ablehnen mußten, zu aktiven oder mindestens passiven Helfern des kommunistischen Totalitarismus herabzusinken. Dem Exodus der freigewerkschaftlichen Landeszentralen aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) folgte die Gründung des IBFG. Der WGB war nun nichts mehr als ein Werkzeug des internationalen Kommunismus Moskauer Observanz, das alle taktischen Wendungen — z. B. in der Auseinandersetzung Moskau — Belgrad — mitmachte, und dies ungeachtet des Umstandes, daß weder in den kommunistisch regierten Ländern noch auch in den anderen, in denen der WGB Mitgliedsverbände hat, der Kommunismus das nachweisbar echte Credo wenigstens der Mehrheit der Mitgliedschaft ist.

Nach mehrjähriger Pause fand in der ersten Dezemberhälfte 1961 in Moskau der fünfte Kongreß des WGB statt. Es ist bezeichnend für den rein politisch-propagan-

distischen Charakter dieser Tagung, daß ihr keine genauen Mitgliedszahlen vorgelegt wurden und daß man auch der Öffentlichkeit gegenüber ganz vage Angaben machte, mit denen niemand etwas anfangen kann. 958 Delegierte, Beobachter und Gäste hätten an dem Moskauer Kongreß teilgenommen, sie wären aus 97 verschiedenen Ländern gekommen und hätten fast 143 Millionen Arbeiter im Wege von Landeszentralen, Einzelverbänden oder örtlichen Gruppen vertreten, von denen gleichzeitig zugegeben wird, daß sie nicht alle dem WGB angehören. Es bedarf keiner langen Beweisführung, daß solche Angaben jeder Seriosität entbehren und überhaupt niemanden beeindrucken können. Wahrscheinlich sind z. B. in den 143 Millionen die 1,6 Millionen Mitglieder des österreichischen Gewerkschaftsbundes enthalten, weil sie in Moskau durch einen österreichischen Kommunisten „vertreten“ waren, ohne daß die meisten davon irgend etwas wußten, geschweige denn, daß sie es gebilligt hätten. Die einzige konkretere Zahl über angeschlossene Mitglieder, die bekanntgegeben wurde, beträgt rund 120 Millionen, aufgeteilt auf 79 Landeszentralen. Das sei um 36 Millionen mehr als am letzten Kongreß in Leipzig 1957. Aber auf einer Konferenz im September 1961 war noch von einer Gesamtmitgliedschaft von 107 Millionen die Rede gewesen. Eine Erklärung für die auffallende Differenz zwischen September und Dezember 1961 wurde nie gegeben. Dabei stellen nach kommunistischen Angaben den Löwenanteil der Mitgliedschaft die von Kommunisten beherrschten Länder, nämlich nicht weniger als 97 Millionen. Diese Zahlen entziehen sich nicht nur jeder Kontrolle. Sie bedeuten wenig, selbst wenn sie echt sind, weil es ja im kommunistischen Machtbereich keine Möglichkeit gibt, einen verlangten Beitritt zu verweigern. Mit diesen Vorbehalten ergibt sich folgendes Bild aus dem kommunistischen Machtbereich:

Sowjetunion .....	56 500 000 Mitglieder
China.....	16 000 000 Mitglieder
Kommunistische Satelliten in Europa einschließlich Albanien	23 000 000 Mitglieder
Nordkorea, Nordvietnam, Mongolei.....	2 000 000 Mitglieder
	97 500 000 Mitglieder

Für das nichtkommunistische Europa wurden 5 350 000 Mitglieder ausgewiesen. Das ist nahezu ausschließlich auf das Konto der französischen CGT und der italienischen CGIL zu schreiben, und da weiß jeder Kenner, daß diese beiden Zentralen mit überhöhten Zahlen operieren. Ähnliches gilt für die Angaben für Asien, das mit den dem WGB angeschlossenen Organisationen in Indonesien und Indien 3 650 000 Mitglieder stellen soll, was etwa das Doppelte des wahren Standes sein dürfte. Ähnlich kann man die für Afrika angegebene Mitgliedszahl von 70 000 einschätzen. Auf Afrika richten sich aus Gründen, die man nicht erst auseinandersetzen muß, gegenwärtig die Hauptanstrengungen des WGB. Trotz der Energie, mit der sich der sudanesischer WGB-Sekretär *Ibrahim Zakaria* dieser Aufgabe widmet, scheinen die Erfolge aber bescheiden zu sein. Obwohl Vertreter von 23 Ländern Afrikas in Moskau zu Wort kamen, scheint der WGB in diesem Erdteil Mitgliedsorganisationen nur in Madagaskar, Kamerun und Mauritius (im Vorjahr neu aufgenommen) zu haben. Aber die Devise scheint zu sein, wenn man schon selbst in Afrika verhältnismäßig wenig erzielen kann, andere an dem Aufbau einer schlagkräftigen, in internationaler Verbindung stehenden Gewerkschaftsbewegung möglichst zu hindern.

War der Moskauer WGB-Kongreß wieder eine jener berühmten Paraden der „monolithischen Einheit“ der kommunistischen und getarnt-kommunistischen Bewegung? Überflüssig zu betonen, daß es keine echte Diskussion, keine Erörterung z. B. eines Kassenberichtes gab und daß lauter „einstimmige“ Beschlüsse gefaßt wurden. Es gab alles, einschließlich einer der zahllosen Reden *Nikita Chruschtschows*, was es bei einer solchen Tagung nach dem Reglement zu geben hat. Fast völlig im alten, keinen Änderungen der letzten Jahre beeinflussten Stil fiel der Rechenschaftsbericht des General-

Sekretärs *Louis Saillant* aus, der dieses Amt seit 1945 versieht, als der WGB in Paris begann, bis ihn ein Ausweisungsbefehl zunächst in den damaligen Sowjetsektor Wiens und dann nach Prag zwang. Saillants Referat ritt die Schwarzweißmalerei zu Tode. Während es in den kommunistisch regierten Staaten nichts als sozialen Fortschritt und glückliche Menschen gibt, die sich darüber freuen, am Aufbau mitzuarbeiten, bietet das Leben in den übrigen Ländern dem Arbeiter überhaupt keinen positiven Aspekt. Er ist entweder arbeitslos oder fürchtet, es zu werden. Er ist ständigen und erfolgreichen Bemühungen der Unternehmer ausgesetzt, die Löhne zu senken. Die ohnehin kargen Gewerkschaftsrechte werden dauernd beschnitten, die Vorkehrungen für soziale Sicherheit sind völlig unzureichend.

Das war tatsächlich das Bild, das Saillant von den Verhältnissen außerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereiches malte, wobei er nach uraltem Schema nicht hinzuzufügen vergaß, daß diesem Elend durch eine von den Arbeitern aller Richtungen gewünschte Einheitsfront gesteuert werden könnte, die aber von den „rechten IBFG-Führern“ sabotiert werde. Diese Karikatur der Wirklichkeit wurde allen Ernstes erwachsenen Menschen in Moskau vorgesetzt. Nicht einmal als Nebenprodukt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wollte Saillant die Möglichkeit einer Erhöhung des Lebensniveaus in Westeuropa zulassen; für ihn ist der einzige Zweck der EWG die Festigung der Macht der Kapitalisten, wobei die deutschen Monopolisten am besten wegkommen sollen. Er hütete sich aber, diese Kritik auch nur in die praktische Tat einer nichtssagenden Resolution umzusetzen, der nicht einmal die französischen und italienischen Mitgliedsorganisationen hätten zustimmen können.

Blieb der WGB von den inneren Auseinandersetzungen im kommunistischen Lager unberührt, die kurz vorher, auf dem 22. Parteitag der KPdSU, so dramatischen Ausdruck gefunden hatten? Wir meinen da nicht so sehr den nie ernstlich beigelegten Konflikt mit Jugoslawien als die Kritik, die Chruschtschow vertretungsweise an den albanischen Kommunisten übt, wenn er die chinesischen meint. Die jugoslawische Gewerkschaftszentrale war zur Zeit des offenen Kampfes zwischen Moskau und dem angeblichen Faschisten *Tito* von der WGB-Mitgliedschaft gegen ihren Protest suspendiert worden. Eine Zeitlang tauchten nicht näher bezeichnete stalinistische Emigranten aus Jugoslawien als beglaubigte Vertreter ihres Landes auf. Das hat sich nach 1955 geändert. Jetzt erscheinen die regierungsoffiziellen Jugoslawen als Beobachter beim WGB; sie legen sowohl Wert auf Anwesenheit als auch darauf, sich bei dieser Gelegenheit vom WGB zu distanzieren. In Moskau betonte der jugoslawische Sprecher *Svetozar Vukmanovic-Tempo* das Beharren auf Unabhängigkeit. Nach seiner Rückkehr nach Belgrad beklagte er sich, daß man ihn offiziell ignoriert habe.

Hingegen scheint es gelungen zu sein, den Konflikt Moskaus mit Peking, bzw. Tirana, für den Augenblick zu übertünchen. Man vermied die sonst obligaten Verurteilungen der albanischen „Abweichler“, wohl, weil in diesem Falle die Chinesen demonstrativ abgereist wären. China erhielt fünf Sitze im Generalrat, ebensoviel wie die Sowjetunion, und zwei im Vorstand. Albanien ist weiter Mitglied des Generalrats und behält den Sitz eines stellvertretenden Mitglieds der Exekutive. Der Rede, die der albanische Delegierte hielt, wurde allerdings nur ein Mindestmaß an Publizität gegeben.

Doch es gibt im WGB innere Konflikte, die sich mehr aus den Schwierigkeiten ergeben, in demokratischen Ländern eine stur-negative Haltung einzunehmen. Praktisch läßt sich das ohnehin kaum durchführen, aber in der dem WGB angeschlossenen italienischen Zentrale, der auch viele Anhänger der Partei *Nennis* angehören, hat man das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis schon lange als störend, ja geradezu unerträglich empfunden. Es hängt natürlich auch mit der wachsenden Loslösung *Nennis*

von den Kommunisten zusammen, daß sich die CGIL-Sprecher in Moskau zu Wortführern einer nicht zu übersehenden Opposition machten. Groteskerweise war es der WGB-Präsident selbst, der CGIL-Generalsekretär *Agostino Novella*, der sich am entschiedensten kritisch äußerte. Man dürfe nicht automatisch Schlagworte von einem Land auf ein anderes übertragen und müsse bei der Aufstellung von Programmen die natürlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verschiedenheiten berücksichtigen, die zwischen den einzelnen Ländern herrschen. Auch die papageienhafte Wiederholung alter Schlagworte über Kriegshetze und Friedensliebe wurde von Novella abgelehnt. Er hat damit nur Dinge ausgesprochen, die jedem der gesunde Menschenverstand eingeben müßte, dem aber bisher im WGB nicht Tribut gezollt werden durfte. Ob die Kritik Novellas und seines Stellvertreters *Santi* nun eine wahre Flucht in die Öffentlichkeit darstellt oder bloß ein angesichts der tatsächlichen Lage unbedingt zu duldenes Ventil — sie ist in jedem Fall als ein Novum höchst bemerkenswert, wenn man sich auch hüten sollte, allzu weit gehende Schlüsse daraus zu ziehen. Novella wurde übrigens nicht als Präsident wiedergewählt, sondern durch den verhältnismäßig wenig bekannten Italiener *Renato Bitossi* ersetzt. Das kann, aber muß nicht damit zusammenhängen, daß Novella seine Eröffnungsrede als Präsident zum Aussprechen seiner kritischen Bemerkungen verwendet hat. Sei dem wie immer, der Kampf um die Seele der arbeitenden Menschen hat sich in den letzten Jahren von Europa vielfach nach den Entwicklungsländern verlagert; hier wie dort bleibt der WGB unverändert der Feind alles dessen, was die freie Gewerkschaftsbewegung anstrebt.

## II

Wie steht es nun mit dem Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG)? Er hat seinerzeit die Aufforderung des neugegründeten IBFG zum organisatorischen Anschluß ohne Aufgabe der Identität der christlich orientierten Verbände ignoriert und seine selbständige Existenz fortgesetzt, ja deren Basis noch verbreitert. Aber im stärksten Mitgliedsverband, dem französischen, ist eine starke Minderheit dem organisatorischen Zusammenschluß aller echten Gewerkschaften gewogen, und der kanadsche (fast nur Franzosen erfassende) Mitgliedsverband des IBCG, der einzige auf dem nordamerikanischen Kontinent, verhandelt schon seit langer Zeit mit der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Kanadas um die Modalitäten eines Anschlusses.

Auch im Falle des (1920 gegründeten) IBCG, der seinen Sitz in Brüssel hat, gibt es keine verlässlichen Angaben über die Mitgliedszahl. Eine Statistik spricht von einer Gesamtmitgliedszahl von 4,9 Millionen in 35 verschiedenen Ländern ohne Aufschlüsselung; eine andere nennt 48 Länder — der Zuwachs erklärt sich mit den staatlichen Neubildungen in Afrika. Überdies sind elf Berufsinternationalen auf christlicher Grundlage tätig. Der IBCG behauptet auch, eine Reihe von Mitgliedsorganisationen in Lateinamerika zu haben; zumindest in einigen Fällen scheint es sich aber nicht um Zusammenfassungen arbeitender Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen, sondern einfach um Jugendorganisationen zu handeln, die christliches Gedankengut pflegen. Ähnliche Zweifel sind wohl auch in bezug auf die angegebenen Organisationen in Asien (Südvietnam und Indonesien) gestattet.

Anders stehen die Dinge im französischsprachigen Afrika. Dort hat der IBCG aus der französischen, bzw. belgischen Kolonialzeit her Organisationen, die Gründungen der französischen, bzw. belgischen christlichen Landeszentralen sind und sich inzwischen selbständig gemacht haben. Auch hier fehlen genaue Zahlenangaben. Am letzten IBCG-Kongreß (Paris, Juni 1961) sollen 18 afrikanische Länder vertreten gewesen sein. Auf der Gesamtafrikanischen Gewerkschaftskonferenz in Dakar im Januar 1962 waren neben IBFG-Verbänden und unabhängigen Organisationen auch zehn dem

IBCG angeschlossene Gewerkschaften vertreten. Hierbei ergab sich eine klaglose Zusammenarbeit.

Noch immer ist Europa die Hauptstütze des IBCG, der für diesen Weltteil 1960 auf einer in Bonn abgehaltenen Konferenz eine eigene Regionalorganisation geschaffen hat. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden gibt es starke christliche Landeszentralen, im letztgenannten Land je eine katholische und eine protestantische. Eine ähnliche Zweiteilung besteht auch in der Schweiz. Versuche, mit christlichen Organisationen in Italien Fuß zu fassen, haben zu einem ebenso geringen Erfolg geführt wie in der Bundesrepublik. Vom freigewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, gehören die Forderungen der Bestrebungen zur Aufspaltung der bestehenden Einheitsorganisation namentlich in der Bundesrepublik durch den IBCG zu den Minuspunkten. In Österreich hat es nach dem Krieg ähnliche Bemühungen nicht gegeben. Die „christliche Fraktion“ innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist mit etwa 110 000 Mitgliedern dem IBCG direkt angeschlossen. Zu den Pluspunkten gehört die schon erwähnte Zusammenarbeit in Afrika, eine verhältnismäßig reibungslose Kooperation in den verschiedenen europäischen Institutionen, und vor allem die erfreuliche Tatsache des gemeinsamen Widerstandes gegen das Franco-Regime in Spanien, der mit der Herausgabe einer gemeinsamen Erklärung Ende 1960 begann und zur Einsetzung eines gemeinsamen Spanien-Ausschusses führte.

Nichtsdestoweniger wird es dem IBCG immer schwerer, eine halbwegs zureichende Begründung für seine Sonderexistenz zu finden. Auf dem letzten IBCG-Kongreß hat der Generalsekretär *Auguste Vanistendaal* die ganze Problematik ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, als er sagte, es gäbe innerhalb der Organisation drei verschiedene Auffassungen. Die erste, die man die traditionell christliche nennen kann, hält an den alten Auffassungen fest. Daneben macht sich als zweite Tendenz die unter den gegebenen Verhältnissen geradezu unvermeidliche Konzession bemerkbar, daß sich die Mitgliedsverbände in Afrika nicht „christlich“, sondern „gläubig“ nennen. Eine dritte Auffassung, die sich auf die Mitgliedschaft stützen soll, auf die weder die eine noch die andere Bezeichnung zutrifft, tritt für die Abstreifung aller dieser einschränkenden Bezeichnungen ein. Vorläufig will man sich damit behelfen, daß man für Europa an der Bezeichnung „christlich“ festhält und für das französischsprachige Afrika den Ausdruck „gläubig“ verwendet (das englischsprachige Afrika hat sich so wenig wie ein anderes englischsprachiges Land mit dem Fragenkomplex auseinandersetzen müssen). Solch ein Kompromiß mag heute noch gangbar sein. Aber wenn der IBCG weiter in die Entwicklungsländer vorstoßen und dort Arbeiter organisieren will, auf die sich nicht einmal die sehr weitmaschige Bezeichnung „gläubig“ anwenden läßt, wird er sich wohl selbst früher oder später die Frage stellen müssen, was von dem ursprünglichen Konzept eigentlich übriggeblieben ist außer einer äußeren Form.

**Gegen die Verhaftung spanischer Arbeiter,**

die sich an den großen Streiks der letzten Monate beteiligt hatten, protestierte der Deutsche Gewerkschaftsbund erneut aufs schärfste in einem Schreiben an den spanischen Botschafter in der Bundesrepublik.

**Zur Unterstützung spanischer Arbeitnehmer,**

die durch den Streik in Not geraten sind, hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften bis zum 12. Juni 1962 bereits rund 250 000 D-Mark zur Verfügung gestellt.



## Aus der Frühzeit der Gewerkschaftsinternationale

*Die drei Bände „Die Gewerkschaftsbewegung“ von Dr. Siegfried Nestriepke sind noch heute, mehr als vierzig Jahre nach ihrem Erscheinen (1919—1921), die klassische Geschichte der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers haben wir, als Beitrag zu diesem dem Siebenten Weltkongreß des IBFG gewidmeten Heft, einige Abschnitte aus dem hochinteressanten und höchst lehrreichen Werk ausgewählt.*

### I

Der einst von der ersten Internationale so stark betonte Gedanke, daß die Gewerkschaften sich international zusammenschließen müßten, war auch unter dem Sozialistengesetz nicht verlorengegangen, nur daß sich wenig Gelegenheit bot, internationale Verbindungen zu pflegen. Immerhin stand z.B. der *Deutsche Buchbinderverband* 1885 schon wieder in einem Kartellverhältnis mit einigen österreichischen und Schweizer Fachvereinen zwecks gegenseitiger Unterstützung der wandernden Mitglieder, und als auf einer Konferenz englischer und französischer Bergarbeiter 1888 der Plan eines *internationalen Bergarbeiterkongresses* auftauchte, waren die deutschen Bergarbeiter mit ganzem Herzen bei der Sache und entsandten zu dem in *Jolimont* im Mai 1890 tagenden Kongreß fünf Delegierte aus dem Ruhrrevier, obgleich der Gelsenkirchener Landrat Geldsammlungen für die Kosten der Delegation verboten hatte und sogar das Gerücht ging, die Delegierten sollten wegen Landesverrats verhaftet werden. Die Folge des Kongresses in Jolimont war die Errichtung eines Internationalen Verbandes, dessen Statuten im Juli des gleichen Jahres auf deutschem Boden — in *Köln* — ausgearbeitet wurden.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Erörterungen über die Neugestaltung der Organisationen einsetzten, spielte die Herstellung internationaler Verbindungen sofort eine bemerkenswerte Rolle. Sie wurde von manchen Rednern der ersten Gewerkschaftskonferenz in *Berlin* 1890 stark betont, und die provisorisch dort gewählte Generalkommission suchte sofort die Beziehungen mit dem Ausland aufzunehmen; u. a. entsandte sie zwei ihrer Mitglieder nach England, um dort für die Unterstützung deutscher Streiks zu sammeln. Der *Halberstädter Kongreß* 1892 erhob die Pflege internationaler Verbindungen zur Pflicht der nun endgültig eingesetzten Generalkommission. Zu gleicher Zeit regten sich in manchen deutschen Berufsverbänden Bestrebungen, mit den verwandten Berufsverbänden jenseits der Grenzen Beziehungen anzuknüpfen. So erließ der Vorstand des deutschen *Schlosser- und Maschinenbauer-Verbandes* 1891 eine Kundgebung „für ein Zusammenwirken aller Kräfte und aller Nationen“ und schlug einen *internationalen Metallarbeiterkongreß* vor. Die Folge dieses Aufrufs war eine Zusammenkunft von Vertretern der Metallarbeiterverbände verschiedener Länder in *Brüssel*, die eine dauernde gemeinsame Arbeit anbahnte.

In den folgenden Jahren kam es in allen Berufen zur Anknüpfung internationaler Beziehungen. Mehr und mehr bürgerte es sich ein, daß Delegierte der einzelnen Landesgewerkschaften als Gäste die Kongresse der Gewerkschaften anderer Länder besuchten oder auch Informationsreisen unternahmen, um die Einrichtungen in den Gewerkschaften fremder Länder kennenzulernen. Das Ergebnis der Annäherung unter den Berufsvereinigungen der einzelnen Länder war die *Gründung zahlreicher Berufs- oder Industrie-Unionen* oder wenigstens die Errichtung internationaler Berufssekretariate als Zentralstellen für die Vermittlung des internationalen Verkehrs. Bis zum Kriegsausbruch 1914 wurden 32 internationale Sekretäre bestellt. 1901 fand anlässlich des Skan-

dinavischen Arbeiterkongresses in *Kopenhagen*, dem auch Vertreter mehrerer nicht-skandinavischer Gewerkschaftszentralen als Gäste beiwohnten, zum erstenmal eine Konferenz der Sekretäre der Landeszentralen der Gewerkschaften statt. Seither wiederholten sich diese Konferenzen mit steigender Beteiligung alle Jahre oder zwei Jahre. Die achte internationale Konferenz in *Zürich* 1913 beschloß die Zusammenfassung der dem Internationalen Sekretariat angegliederten Gewerkschaften in einen *Internationalen Gewerkschaftsbund*. Anschließend an diese Konferenz fand auch eine erste Konferenz der von den einzelnen Berufsorganisationen bestimmten internationalen Berufssekretäre statt. Die Zahl der mit dem Internationalen Sekretariat im Verkehr stehenden Landeszentralen und noch mehr die Zahl der von ihnen repräsentierten Gewerkschaftsmitglieder war ständig gewachsen: 1904 berichteten 14 Landeszentralen mit 2 378 975 Mitgliedern, 1907 waren es 16 Landeszentralen mit 4 079 805 Mitgliedern, 1912: 19 Zentralen mit 7 394 461 Mitgliedern, 1913 traten noch Neuseeland und Südafrika hinzu.

Mancherlei Vereinbarungen wurden getroffen. Vor allen Dingen Abmachungen über den wechselseitigen Austausch der Publikationen und Zeitungen und über eine regelmäßige Berichterstattung an das Internationale Sekretariat über alle wichtigeren, die Arbeiterbewegung betreffenden Vorgänge und den Stand der Bewegung. Mehrfach begannen die internationalen Sekretäre mit der Herausgabe mehrsprachiger Korrespondenzblätter. Solche Organe erschienen für die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Lithographen und Handlungsgehilfen. Außerdem gab der Internationale Gewerkschaftsbund ein mehrsprachiges Korrespondenzblatt heraus. Manche der internationalen Zusammenkünfte schufen Richtlinien auch für die *sozialpolitischen Forderungen*, die von allen Organisationen erhoben werden sollten: vor allen Dingen in bezug auf Erweiterung der Arbeiterschutzbestimmungen und auf Verkürzung der Arbeitszeit. Auch kam es in zunehmendem Maße zu Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den Landesorganisationen über die Behandlung der aus- bzw. einwandernden Mitglieder. Die Verwaltungsstellen wurden vielfach verpflichtet, die sich nach dem Ausland abmeldenden Mitglieder bereits nach Möglichkeit über die Verhältnisse in ihrem Ziel-land zu unterrichten, womöglich ihnen besondere gedruckte Orientierungsblätter auszuhändigen. Hier und dort kam es bereits zur Einführung internationaler Mitgliedsbücher, die für die Beitragsquittungsmarken der Organisationen aller Länder zu benutzen waren.

Vor allen Dingen erhielten die internationalen Verbindungen natürlich Bedeutung für die gegenseitige Unterstützung bei Kämpfen. Hier wurde in den Kartellverträgen meist eine moralische wie finanzielle Unterstützung vorgesehen: durch Maßnahmen zur Fernhaltung von Streikbrechern und zur Verhütung von Streikarbeit, unter Umständen durch Anordnung eines Unterstützungstreiks, und sodann durch Sammlung und Zuweisung von Beiträgen für solche Kämpfe, zu deren Durchführung die Mittel der Gewerkschaft oder auch der Gewerkschaften des einen Landes sich als zu schwach erwiesen.

Die Unterstützung ausländischer Streiks durch umfassende Maßnahmen zur Fernhaltung von Zuzug ließen sich die deutschen Gewerkschaften stets angelegen sein. Der Streik der österreichischen Bergarbeiter im Jahre 1900 wurde für den deutschen Bergarbeiterverband Anlaß zu einem Aufruf, alle Oberschichten zu verweigern. Eine Konferenz der Mitglieder mehrerer mitteldeutscher Bezirke erhob auch die Forderung einer Einstellung aller Kohlenausfuhr nach Österreich und machte sie mit zu einem Punkt ihres Programms, das sie gerade durch einen Streik zu verwirklichen suchte. Beim Streik der deutschen Kohlenarbeiter im Ruhrrevier 1905 wurde dafür den Kämpfenden Unterstützung zuteil durch einen gleichzeitigen Streik von 15 000 belgischen Bergleuten...

Da brach der Weltkrieg aus. Er zerriß nicht nur die meisten der internationalen Verbindungen, die sich angeknüpft hatten; er beraubte die Gewerkschaften ihrer führen-

den Rolle; er trieb sie in eine schwere innere Krise; er wurde für sie von schlechtweg entscheidender Bedeutung . . .

## II

Erfreulich rasch und vollständig kam es nach Beendigung des Krieges wieder zur Aufnahme der internationalen Beziehungen. Grundlegend wurde hier die internationale Konferenz, die Anfang Februar 1919 in *Bern* zusammentrat; es fehlten die Amerikaner und Belgier, ebenso waren keine Vertreter der russischen Gewerkschaften anwesend, aber Deutsche, Franzosen, Engländer und die Vertreter der neutralen Staaten fanden sich einträchtig zusammen. Mit 23 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschloß diese Konferenz: „*War schon vor dem Kriege der Bestand einer starken und gefestigten Gewerkschaftsinternationale eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben.*“ Die Konferenz forderte daher die in Amsterdam bestehende Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der weststaatlichen Gewerkschaften in Paris so rasch wie möglich eine neue internationale Zusammenkunft einzuberufen.

Dies geschah mit der Veranstaltung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in *Amsterdam*, der im Juli 1919 zusammentrat. Hier waren — von Rußland abgesehen — auch jene Glieder der alten Internationale vertreten, die in *Bern* noch gefehlt hatten: Amerika, Belgien, Böhmen, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Österreich, Luxemburg, Norwegen, Spanien, Schweden und die Schweiz hatten Delegierte entsandt; die Italiener wurden nur dadurch ferngehalten, daß sie ihre Reisepässe zu spät erhielten. Das Jahr 1919 brachte auch bereits wieder die ersten internationalen Berufskongresse, deren Reihe 1920 fortgesetzt wurde: Buchdrucker und Lithographen, Holzarbeiter und Bauarbeiter, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und die Schuhmacher, die Bergleute und die Seeleute, die in der Nahrungsmittelindustrie und die in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter, die Metallarbeiter usw. fanden sich wieder zusammen, und das Jahr 1920 brachte überdies noch einen internationalen Kongreß auch der Landarbeiter, die bisher keine internationale Verbindung gehabt hatten — einen Kongreß, auf dem bereits mehr als zwei Millionen organisierter Landarbeiter vertreten waren.

Überall war man einsichtig genug, zu erkennen, daß die durch den Krieg heraufbeschworenen Gegensätze zurücktreten mußten hinter dem starken Interesse der Arbeiterschaft an internationalem Zusammenwirken. Ist doch tatsächlich auch der Erfolg gerade des gewerkschaftlichen Strebens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in höchstem Maße dadurch bedingt, daß gleichstrebende Kräfte in den anderen Ländern gleichermaßen die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu heben suchen!

So wurde überall nicht nur die alte Verbindung wiederaufgenommen, sondern vielfach die Vereinigung durch Ausbau der organisatorischen Grundlagen auf eine solidere Basis gestellt als bisher. Die Internationale verbreiterte sich seit *Amsterdam* durch die Aufnahme der Gewerkschaftszentralen von Argentinien, Griechenland und Südafrika. Ferner beschloß der Bundesvorstand, künftighin eine engere Verbindung mit den Internationalen Berufssekretariaten herzustellen, als sie bis dahin üblich war, aber jede Verbindung mit einer internationalen politischen Organisation abzulehnen — angesichts der Zersplitterung der alten politischen Internationale ein nicht nur gerechtfertigter, sondern auch notwendiger Beschluß.

## III

Fast allgemein begnügten sich die internationalen Kongresse nicht mit der Formulierung einzelner Reformvorschläge, sondern stellten als letztes Ziel ihres Strebens die Beseitigung der Lohnarbeit im Dienste des privaten Kapitals überhaupt hin. Nachdem das schon auf der Berner Konferenz geschehen war, betonte auch der Amsterdamer Kongreß unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Gewerkschaften Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung des Sozialismus seien, die Notwendigkeit, „*die Bestrebungen und die Aktion des Proletariats aller Länder zu richten auf die Sozialisierung der Produktionsmittel*“. Das Internationale Büro forderte unter dem 1. April 1920 auf Grund der Zielsetzung des Internationalen Bundes in einem dringenden Manifest auf, „alle Kräfte für eine energische Aktion zugunsten der Sozialisierung“ einzusetzen. Auch hier ergänzten die Berufskongresse die von den Vertretern der Landeszentralen gefaßten Beschlüsse mehrfach durch Resolutionen der gleichen Tendenz. Gewisse Bedenken der Amerikaner und die Teilnahme von Vertretern der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hinderten auch nicht, daß der Kongreß der *Bergarbeiter* im August 1920 einstimmig beschloß, daß „alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten“ sollten; die neubeschlossenen Satzungen der wiedererrichteten Internationale nahmen denn auch geradezu als Kennzeichnung des Zwecks die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter sowie die Beseitigung des Kapitalismus durch die Sozialisierung der Bergwerke auf. Längere Debatten erregte die Sozialisierungsfrage auf dem internationalen Kongreß der *Landarbeiter*; man war sich einig über die Notwendigkeit, den Grund und Boden überall in Gemeinbesitz überzuführen, aber über den geeignetsten Weg der Sozialisierung der Landwirtschaft gingen die Meinungen auseinander. Immerhin wurde einmütig der Verbandsleitung zur Pflicht gemacht, alle Versuche zur Sozialisierung des Landbaus zu unterstützen.

Endlich hielten es die internationalen Tagungen in der Regel auch für ihre Pflicht, Stellung zu nehmen zu den die Arbeiterinteressen hervorragend berührenden *politischen Fragen*. So entbot die Berner Konferenz in einer warmherzigen Resolution den Revolutionen ihren Gruß, die hier und dort die Throne gestürzt und die Herrschaft der Bourgeoisien beseitigt hätten. Die Konferenz grüßte „die neuen Demokratien, die für die Befreiung der Arbeiterschaft innerhalb eines gerechten und dauernden Friedens neue Möglichkeiten eröffnen“. In Bern wie in Amsterdam wurde ferner Stellung genommen zu dem Problem des *Völkerbundes*; der Mißgeburt eines Bundesprogramms, wie es die Ententeregierungen in die Welt gesetzt hatten, stellten die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihr Ideal eines Völkerbundes entgegen: eines Bundes gleichberechtigter Völker, der Freiheit der Entwicklung aller verbürgte, Kriege verhinderte, die internationale Verteilung der Rohstoffe und die Regelung des internationalen Verkehrs in die Hand nähme und den internationalen Arbeiterschutz förderte.

Von größter Bedeutung war es vollends, daß die meisten internationalen Kongresse sich mit aller Entschiedenheit *gegen neue Kriege* aussprachen und ihren Willen kundtaten, alles zu tun, um derartige *Kriege zu verhindern*. Diese Beschlüsse, diktiert von dem ernstesten Willen, ihnen auch Geltung zu verschaffen, gewannen besondere Bedeutung bei jenen Arbeiterkategorien, ohne deren Mitwirkung eine Kriegführung nicht denkbar ist. Hier gingen die *Transportarbeiter* im März 1920 vorauf mit einem Beschluß, „alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um neue Kriege zu verhindern“. Es folgte der *Bergarbeiterkongreß* im August 1920, der einstimmig beschloß, daß die Bergarbeiter verpflichtet wären, „im Fall einer aggressiven militärischen Politik eines Staates“ die Arbeitsniederlegung zu proklamieren. Der Stellungnahme der Bergarbeiter folgte gleich darauf eine nicht weniger wichtige des internationalen Kongresses der

*Seeleute*; er nahm eine Resolution an, daß die Seeleute zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition befördern dürften. Und endlich dokumentierte noch der internationale *Metallarbeiterkongreß*, die Zusammenfassung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter, den Willen der hier vertretenen Teile des Proletariats, den kriegerischen Bestrebungen des Kapitalismus „den festen Willen und die ganze Aktionskraft des Proletariats entgegenzusetzen“.

Es blieb nicht bei Kongreßresolutionen und allgemeinen Richtlinien. In erhöhtem Maße führte das Gefühl internationaler Solidarität zu *Aktionen* ... So unternahm es der Internationale Gewerkschaftsbund, den von der Gegenrevolution in der schamlosesten Weise mißhandelten, ihres Organisationsrechts bis auf dürftige Reste beraubten, wehrlos dem Wüten der weißen Ordnungsbestie ausgelieferten Arbeitern *Ungarns* durch die Proklamation eines internationalen Boykotts gegen das von dem Diktator *Horthy* beherrschte Ungarn zu Hilfe zu kommen. Es war ein Unternehmen, wie es früher nie versucht worden war, eine Maßnahme, die an die internationale Solidarität und Opferwilligkeit der Arbeiter höchste Anforderungen stellte, die sicherlich ein großes Wagnis bedeutete, aber in jedem Falle wert war, gewagt zu werden ...

Die größte Bedeutung erlangte aber die Aktion, die, in Einklang mit den erwähnten Beschlüssen so zahlreicher internationaler Kongresse gegen neue Kriege, im Sommer 1920 eingeleitet wurde, *um den kriegerischen Unternehmungen gegen Rußland Einhalt zu gebieten*. Schon im April des Jahres richtete das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Transportarbeiter die Aufforderung, die Verfrachtung von Munition für die Ententetruppen in Rußland zu verweigern. Der Aufruf fand lebhaften Widerhall. Anfang August erschien eine neue Kundgebung: Der Gewerkschaftsbund habe weder für Polen noch für den Bolschewismus besondere Sympathien. Aber jeder Krieg und jedes Blutvergießen sei zu verurteilen und müsse durch Verweigerung jeder Beförderung von Munition und Truppen verhindert werden. — In der zweiten Augusthälfte folgte ein weiterer Aufruf: „Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereitzuhalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern herzustellen.“ Die Arbeiter sollten überall jede Beförderung von Truppen und Munition verhindern: „Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiterbefördert werden! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen ... In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, und in der Überzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen ... *Krieg dem Kriege!* Dies sei die allgemeine Losung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen!“

Die Haltung großer Teile der europäischen Arbeiterschaft zeigte den Regierenden mit bewundernswerter Entschiedenheit, daß man nicht gewillt sei, eine neue Weltkatastrophe hereinbrechen zu lassen, daß ein neuer Geist an die Stelle des alten, der 1914 den Ausbruch des Weltkrieges so leicht gemacht hatte, getreten sei. Und zweifellos verfehlte die Geschlossenheit und Energie der Arbeiter nicht, auf die Herrschenden einen tiefen Eindruck zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale bewies, daß sie ein Faktor sei, mit dem gerechnet werden müsse. Gelang es ihr noch nicht, ihren Aktionen genügende Kraft zu verleihen, so trat sie mit ihnen doch in bedeutsamer Weise aus der Reserve einer bloßen Vermittlungsstelle für die gewerkschaftlichen Erfahrungen hüben

und drüben heraus; sie wurde *eine Organisation zur aktiven Verfechtung der Lebensinteressen des Weltproletariats*.

#### IV

Wie keine andere Institution scheint die Internationale der Gewerkschaften berufen, der Völkerverständigung, der Völkerversöhnung zu dienen. In allen Ländern die Massen, die eigentlichen Träger der Wirtschaft umfassend, wird es an ihr sein, den wahren Völkerbund aufzurichten und schon heute wesentliche seiner Funktionen zu erfüllen.

Das Bild, das die weltüberspannende Gewerkschaftsbewegung zeigt, ist bunt; verschiedene Tendenzen ringen miteinander, verschiedene Entwicklungsstufen zeigen verschiedene Physiognomien der Organisationen. Aber es fehlt deshalb doch nicht das Gemeinsame. Nicht im Sinne einer Uniformität der Bewegung, die unmöglich erscheinen muß angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern und Erdteilen, aber im Sinne des starken Empfindens der allgemeinen Interessensolidarität, des klaren Willens zum gemeinsamen Wirken, der festen Entschlossenheit, durch treues Zusammenstehen in allen entscheidenden Fragen mitzuhelfen an einer neuen Völkergemeinschaft, die keine Knechtung und Ausbeutung mehr kennt.

EKKEHART KRIPPENDORFF

## Kennedy und die Stahlindustrie

Ein politischer Sieg und seine Konsequenzen

#### I

Die äußeren Ereignisse sind bekannt: In den 72 Stunden zwischen dem 10. und 19. April 1962 erlebten die USA mit der Ankündigung und dann Rückgängigmachung der Erhöhung des Stahlpreises einen ihrer dramatischsten innenpolitischen Momente der Nachkriegszeit. Um jedoch die auf lange Sicht für das Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis (*labor—management*) und darüber hinaus für die amerikanische Demokratie tiefgreifende Bedeutung dieses Vorganges ermessen zu können, seien die Maßnahmen der Regierung, die die Stahlindustrie zum Rückzug zwangen, hier noch einmal kurz zusammengefaßt:

Taktisch ungeschickt hatte *Roger Blough*, der Vorsitzende der US Steel Corporation, seine Ankündigung ausgerechnet am Vortage einer *Kennedyschen* Pressekonferenz gemacht, die dem Präsidenten Gelegenheit gab, unmittelbar die erregte öffentliche Meinung zu mobilisieren und hinter sich zu bringen. („In dieser ersten Stunde der Geschichte unserer Nation, konfrontiert mit Krisen in Berlin und Südostasien, fällt es dem amerikanischen Volk ebenso schwer wie mir, eine Situation hinzunehmen, in der eine winzige Handvoll von Stahlmagnaten eine so tiefe Verachtung für die Interessen von 185 Millionen Amerikanern an den Tag legen kann, daß hier persönliche Macht und Profitgier über öffentliche Verantwortlichkeit gestellt wird.“)

In Regierungskreisen zirkulierten gesteuerte Gerüchte von Gesetzesvorlagen zur staatlichen Kontrolle der Stahlindustrie — nicht zum erstenmal, muß man hinzufügen: solche indirekten Drohungen sind zu einer Art „Butzemann“ der Einschüchterung geworden, ohne daß jemand sie wirklich allzu ernst nimmt.

Das Pentagon ließ verlauten, daß Rüstungsaufträge entzogen und solchen Firmen übergeben würden, die die Preiserhöhung nicht mitmachten — eine nahezu tödliche Waffe auch für große Konzerne.

Das Justizministerium kündigte strenge Untersuchungen an, um Verletzungen der Anti-Trust-Gesetze festzustellen — die gleichzeitige Preiserhöhung um 6 Dollar bewies ja ganz offensichtlich eine geheime Absprache unter den beteiligten Firmen.

Um Aufschlüsse darüber zu erhalten, wurden — mit „Gestapomethoden“, wie die Republikaner sich beschwerten — Journalisten und andere in die Vorgänge bei der Stahlindustrie Eingeweihte nachts von der Kriminalpolizei aus den Betten geholt und Unterlagen beschlagnahmt.

*Kennedy* ließ alle Regierungsmitglieder ihre persönlichen Kontakte zu Aufsichtsräten, Management und Großaktionären mobilisieren — und es ergab sich sozusagen als „Nebeneffekt“ ein enthüllender Einblick in die enge personelle Verschwisterung und Verflechtung von politischer Verwaltungsspitze und Schwerindustrie; tatsächlich ist das Ausbrechen von „Inland Steel“ aus der Einheitsfront der Konzerne, womit deren Kapitulation eingeleitet wurde, entscheidend auf die Ausnützung solcher persönlicher Kontakte zurückzuführen.

Ausschlaggebend für den Erfolg — oder „Sieg“ — der Regierung über die Stahlindustrie dürften jedoch vor allem drei von diesen Faktoren gewesen sein: die Drohung des Entzuges von Rüstungsaufträgen (die allerdings nur wirkt, wenn mindestens ein Konzern nicht „mitspielt“), der Wink mit dem Anti-Trust-Gesetz und schließlich die „öffentliche Meinung“ — denn, nicht zuletzt hatte die republikanisch gesinnte Schwerindustrie der als zu gewerkschaftsfreundlich geltenden demokratischen Regierung einen politischen Schlag versetzen wollen.

## II

Es soll hier nicht näher auf die komplexe ökonomische Problematik eingegangen werden; diese läßt sich in Kürze andeuten mit der ständig unausgenützten Produktionskapazität (1957 bis 1961 zwischen 60 und 67 vH), den relativ hohen Lohnkosten (39,6 vH — gegenüber 23 vH in Großbritannien, 21,6 vH in der Bundesrepublik und 12,7 vH in Japan) und den während der Prosperitätsjahre 1953 bis 1957 verdoppelten, relativ hohen Dividenden, die bei gleichzeitig rückgängigem Profit (von 12,4 vH 1954 bis 1957 auf 10,8 vH 1958 bis 1961) nicht genügend Investitionskapital zur Modernisierung und Automatisierung übriglassen. Die Regierung *Kennedy* wollte diesem Problem begegnen a) durch Verhinderung abrupter Lohnforderungen seitens der Gewerkschaften — was ihr durch das vermittelnde Eingreifen ihres Arbeitsministers im März gelang — und b) durch Steuervergünstigungen für Abschreibungen — was der mehrheitlich konservative Kongreß nicht im geforderten Umfange bewilligte.

Doch diese ökonomischen Probleme sind zugleich und vor allem objektiv-gesellschaftlicher Natur, und das gespannte Verhältnis Labor—Management reflektiert nichts anderes als eine unausgetragene soziale und politische Spannung im amerikanischen Gesellschaftssystem. Was im Falle der verhinderten Stahlpreiserhöhung interessant und politisch von weittragenden Konsequenzen ist, das ist das aktive Eingreifen der Regierung, selbst in den sozialökonomischen Prozeß bzw. die neue Rolle der Regierung als Schiedsrichter und „Manipulator“ der beiden gesellschaftlichen Kontrahenten, der Gewerkschaften und der industriellen Machthaber.

Es ist zwar richtig, daß *Kennedy* und die Demokraten politisch bei den Gewerkschaften einen starken Rückhalt haben (schließlich sind diese in ihrer heutigen Form praktisch von *Franklin D. Roosevelt* in den dreißiger Jahren „gegründet“ worden als

politisches Druckmittel der Regierung gegen die inflationäre Politik der Großindustrie und zur Durchsetzung der sozialstaatlichen Maßnahmen des *New Deal*), aber es ist ebenso richtig, daß die Regierung die Gewerkschaften nur so lange protegieren und mit ihnen kooperieren kann und wird, als diese nicht zu selbständig und „eigenmächtig“ Lohn- und Sozialpolitik betreiben. *Kennedy* hat das deutlich werden lassen bereits mit der Ernennung von *Arthur Goldberg*, einem der fähigsten gewerkschaftlichen Anwälte, zu seinem Arbeitsminister — und zwar durchaus zum Mißvergnügen der Gewerkschaften selbst; diese Regierungspolitik beginnt bereits gute Früchte zu tragen: bisher hat Goldberg in drei schwebende bzw. zu erwartende Lohnkonflikte erfolgreich eingegriffen und Kompromisse zustande gebracht, d. h. Streiks vermieden. Und die Gewerkschaften können schwer gegen „ihren eigenen Mann“ sein ...

Was auf den ersten Blick als eine gewerkschaftsfreundliche und businessfeindliche Aktion aussah, eben die Kapitulation der Stahlaktionäre <sup>1)</sup>, die zu einer fast geschlossenen Anti-Kennedy-Front der Industrie und Geschäftswelt heute geführt hat, enthüllt sich jedoch als nur eine Seite der Medaille. Nur gut zwei Wochen später veröffentlichte nämlich Kennedys „Beratungsgruppe für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Fragen“ einen Empfehlungsbericht, der alle Aussicht hat, sehr bald in Gesetzesform zu erscheinen. Und aus diesem unscheinbaren, aber folgenschweren Dokument wird es deutlich, daß der eigentliche Zweck des Regierungseingriffs weniger pro-gewerkschaftlich oder „anti-kapitalistisch“ war, sondern einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zu einer gestrafften, kontrollierten, disziplinierten — kurz: nicht mehr „freien“ Wirtschaft darstellt.

In jenem Bericht wird die Ernennung eines „Notstandsausschusses für Tarifstreitfragen“ empfohlen, der in Aktion treten soll, falls in einer Schlüssel- oder Engpaßindustrie Lohnstreitigkeiten auftreten, die zu einer „Bedrohung der nationalen Sicherheit und Wohlfahrt werden können“. Die Ernennung und Einberufung dieses Ausschusses, der „die Öffentlichkeit“ repräsentieren soll, läge in der Hand des Präsidenten, der aufgrund des in einem solchen Notstandsfall anzufertigenden Berichtes „ermächtigt wäre zu entscheiden, ob eine Bedrohung der Nation vorliegt und, wenn ja, ob er den Notstand erklären will“. Notstandserklärung aber bedeutet hier 80tägiges Streikverbot bzw. Zwangsschlichtung durch den Staat. Wenn nach diesen 80 Tagen noch immer kein Kompromiß gefunden sein sollte, kann der Präsident die Angelegenheit dem Kongreß unterbreiten — und hier findet er mit Sicherheit eine gewerkschaftsfeindliche Mehrheit.

Nun kann man sagen, daß dies ja nichts Neues sei, denn das *Taft-Hartley-Gesetz* von 1949 habe ja bereits den staatlich erzwungenen Streikabbruch legalisiert — jedoch: um das Taft-Hartley-Gesetz anzuwenden, hatte der Präsident bisher vor Gericht gehen und damit sich auf einen relativ umständlichen und nicht unbedingt erfolgreichen Weg begeben müssen. Diese Sicherheitsvorkehrungen fallen hier weg: mit einem vom Präsidenten ernannten, nach seinem Willen zusammentretenden und ihm dann immer noch die Entscheidungsfreiheit lassenden Ausschuß besäße die Exekutive fast uneingeschränkte Macht über die Gewerkschaften — nachdem sie ihre „harte Faust“ gegenüber den Stahlgesellschaften bereits gezeigt hat (und welcher große oder kleine Konzern wird nach diesem Exempel es noch wagen, eine von der Regierung mißbilligte Preispolitik zu betreiben?).

Das politische Problem, um das es in diesen Auseinandersetzungen geht, ist relativ einfach zu definieren, aber in seinen praktischen Konsequenzen alles andere als deutlich abzusehen: es geht darum, die amerikanische Gesellschaft und Ökonomie zu disziplinieren, um sie international konkurrenzfähig zu erhalten. Die USA können sich angesichts der straffen, zielbewußt planenden sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

1) Es wird ein zuverlässiges Kennedy-Wort berichtet aus seinem engeren Beraterkreis: „Mein Vater **hat mir** immer gesagt, alle Geschäftsleute seien Schweinehunde; ich habe es nie geglaubt — bis das jetzt passierte.“



Arbeitslosigkeit, unausgenutzte Kapazitäten und Streiks — kurz: Leerlauf und Verschwendung von Energien — einfach nicht mehr leisten. Oder anders ausgedrückt: ohne rationale Planung und Kontrolle des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses sind die USA auf lange Sicht nicht mehr lebensfähig — trotz ihres Reichtums und ihrer wirtschaftlichen Macht. In den Worten *Kennedys* aus einer Rede vor der Automobilgewerkschaft am 8. Mai 1962: „Ich kann mir für unsere Sache nichts Katastrophaleres vorstellen, als daß ein Land, das nur über 30 bis 40 vH unseres Sozialproduktes verfügt (die Sowjetunion!), uns plötzlich überrundet.“

*Kennedy* selbst glaubt, ausschließlich durch staatlich-administrative Zwangsmittel dieses Ziel erreichen zu können — bei prinzipieller (und hier liegt der innere Widerspruch dieser Politik) Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur. Dieser Versuch zu maximaler Rationalisierung und Disziplinierung der gegebenen Sozialordnung entspricht schließlich ganz dem intellektuell-nüchternen Stil der neuen Regierung. *Kennedy* führte das in einer Rede vor einer Konferenz führender Persönlichkeiten aus den Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaft am 21. Mai 1962 aus:

„Im Grunde sind doch die meisten oder wenigstens sehr viele unserer Probleme technisch-administrativer Natur. Sie verlangen ein hohes Maß an Sachwissen und bieten keinen Grund für leidenschaftliche Kämpfe, die dieses Land so oft in der Vergangenheit erregt haben. Wir haben es hier mit Fragen zu tun, die' das Verständnis der meisten Menschen übersteigt, selbst das der meisten Politiker, und über die sogar Fachleute sich nicht immer einig sind — und doch bedienen wir uns noch immer eines traditionellen politischen Systems.“ Es sei darum erforderlich, drängte der Präsident seine Hörer, „politischweltanschauliche Einstellungen fallenzulassen“ zur Lösung dieser „rein sachlich-technischen Probleme“.

Nun ist es eine Frage politischer Spekulation, wie man diese Vorgänge auf zukünftige Möglichkeiten hin interpretiert; die republikanische Rechte, die traditionell gegen jede sozial-, wohlfahrts- und planstaatliche Maßnahme ist, warnt vor „Sozialismus“, der vom Kommunismus sowieso nur als graduell unterschieden wahrgenommen und mit Planung, Staatseigentum und Verlust der individuellen Freiheit gleichgesetzt wird. Die demokratische Linke hingegen, zumeist außerhalb der Demokratischen Partei stehend, tendiert dazu, die Stärkung der Präsidentschaftsgewalt gegenüber den „Sozialpartnern“ als erste Schritte zu einer neuen Art Faschismus zu interpretieren — Faschismus verstanden als die gewaltsame Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit den Mitteln staatspolitischer Gewalt, wobei die legitimierende Ideologie zweitrangig ist.

Und in der Tat ist es, die europäisch-deutschen Erfahrungen vor Augen, eine unbehagliche Angelegenheit, wie selbstverständlich und unqualifiziert im Namen des „nationalen Interesses“, der „Gesundheit und Sicherheit der Nation“ usw. Stahlgesellschaften so gut wie Gewerkschaften diszipliniert, ihre Partikularinteressen unterdrückt und sie selbst „zur Ordnung gerufen“ werden. Daß es geradezu absurd wäre, *Kennedy* selbst faschistoider Tendenzen zu verdächtigen (man sträubt sich, es überhaupt hinzuschreiben), bedarf keiner Begründung — aber die objektiven sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft bergen potentiell die Gefahr in sich, daß ihre Lösung eher rechts denn links gesucht wird.

## GOETHE

*Uns ist wohl, sagte ein brüderlich gleicher Tannenwald zur Zeder, wir sind so viel, und du stehst allein, — Ich habe auch Brüder, sagte die Zeder, wengleich nicht auf diesem Berge.*